

München günstig, Saarbrücken ist Luxus: So teuer macht der Staat das Wohnen!

BdSt-Ranking der Wohnnebenkosten legt starke Unterschiede der Landeshauptstädte offen / Der Staat ist Kostentreiber Nummer 1 / Spielraum für spürbare Entlastungen ist vorhanden! Die Einwohner von Saarbrücken werden am stärksten mit Wohnnebenkosten belastet, in München ist es am preiswertesten! Das teils erhebliche Kostengefälle legt ein neues Ranking offen, für das der Bund der Steuerzahler (BdSt) alle 16 Landeshauptstädte unter die Lupe genommen hat.

Der detaillierte BdSt-Vergleich der Wohnnebenkosten für das Jahr 2016 zeigt, wie stark Mieter und Wohneigentümer quer durch Deutschland belastet werden. „Der Fiskus ist Wohnkostentreiber Nummer 1“, kritisiert BdSt-Präsident Reiner Holznapel. „Der Staat darf das Wohnen nicht noch teurer machen!“ Denn schon beim Kauf einer Immobilie langt der Fiskus zu, Jahr für Jahr kommen dann weitere Belastungen hinzu.

Von „A wie Abwassergebühr“ bis „W wie Winterdienstgebühr“: Bei seinem Länder-Ranking hat der Verband die Belastung durch zehn verschiedene Wohnnebenkosten für einen Musterhaushalt mit drei Personen in innerstädtischer Lage ermittelt. Demnach ist die bayerische Landeshauptstadt mit Gesamtkosten von 1.643 Euro pro Jahr am günstigsten, während Saarbrücken mit 2.196 Euro pro Jahr als teuerste Landeshauptstadt auf dem letzten Platz landet. Damit sind die Wohnnebenkosten in der saarländischen Metropole um gut ein Drittel höher als in München.

Die erheblichen Kontraste zwischen den Städten macht der Bund der Steuerzahler an einzelnen Wohnnebenkosten fest: So sind die Schmutzwassergebühren zum Beispiel in Potsdam mit jährlich 678 Euro mehr als drei Mal so hoch wie in Mainz mit jährlich 210 Euro. Auch bei den Niederschlagswassergebühren gibt es starke Unterschiede zwischen der günstigsten und der teuersten Stadt: In Kiel betragen sie 72 Euro im Jahr, in Berlin aber 235 Euro. „Runter mit den Wohnkosten“, lautet deshalb Holznapels Appell auch mit Blick auf die Vielzahl von Steuern, die die Wohnkosten in die Höhe treiben. „Wohnen in Deutschland ist teuer genug – dazu trägt der Staat durch Grundsteuer, Grunderwerbsteuer, Gebühren und sonstige Abgaben bei. Es gibt ausreichend Spielraum für eine spürbare Entlastung der Bürger!“

- Die Bürger erwarten ein wichtiges Signal finanzieller Entlastungen. Der **BdSt-Belastungs-Index** macht deutlich: Es reicht! Im Dezember 2016 empfanden 83 Prozent der Deutschen die allgemeine Belastung als „zu hoch“. Zu Beginn unserer **repräsentativen Trendumfragen** zur Belastung durch Steuern und Abgaben im März 2015 waren es noch 79 Prozent. Zwischenzeitlich lag der Wert sogar bei 88 Prozent.

Das **BdSt-Ranking der Wohnnebenkosten 2016** können Sie [hier downloaden](#).

Pressekontakt:

Hildegard Filz

Telefon: 030 | 25 93 96-0

E-Mail: presse@steuerzahler.de

Unternehmen

Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.
Französische Str. 9-12
10117 Berlin

Internet: www.steuerzahler.de